

Die 68er (III): Die Generation von '68 hat das Denken in Deutschland verändert, Rebellen von einst sitzen in den Parlamenten und Parteien – aber Helmut Kohl regiert immer noch. *Von Jürgen Leinemann*

Am Ende des langen Marsches

Die Stimme des greisen Altrechtens von der CDU, Alfred Dregger, zittert schon mal ein wenig, wenn er im Deutschen Bundestag redet. Am 13. März dieses Jahres schrillt sie vor Empörung: „Halten Sie doch einmal die Klappe, Herr Fischer!“ Aus der ersten Reihe bellt es zurück: „Ein unsäglicher Dreck, den Sie hier absondern!“

Empört blickt der schneidige alte Herr zum Präsidiumstisch empor.

Ist denn hier keiner, der den Flegel im Polizeigriff abführt? Oder wenigstens das „schlechte Benehmen“ tadelt? Die Präsidentin aber weist den Redner nur kühl darauf hin, „daß die angemeldete Redezeit weit überschritten ist“. Es amtiert: Antje Vollmer.

Daß die Debatte über die Wehrmachtsausstellung „sehr schwierig“ (Vollmer) werden würde, daß über 50 Jahre nach Kriegsende das parlamentarische Nach-

spiel zur umstrittenen Beteiligung der Väter und Großväter an den Verbrechen der Nazis im „Vernichtungskrieg“ der Wehrmacht noch immer an die Schmerzgrenze geht und darüber hinaus – niemanden in Bonn hat es überrascht.

Klar auch, daß bei dieser Gelegenheit einmal mehr die klassische Kontroverse von 1968 zur Aufführung gelangen würde – Offizier der Hitler-Wehrmacht gegen Antifaschisten der nächsten Generation. Zwar



Osterdemonstration in Berlin 1968: Generationen, die von sich reden machen, wirken auch durch ihre ästhetische Kraft

G. ZINT

nur als Kammerspiel, nicht mehr als Straßenschlacht, dafür aber in hessischer Starbesetzung: Django Dregger gegen den Spontifex Maximus Fischer.

Solche Szenen wiederholen sich seit 1983, als mit den Grünen der Kulturbruch ins „Hohe Haus“ am Rhein einzog (Fischer: „Wie hoch?“), mit abnehmender Intensität. Auch daran, daß die Regeln des Umgangs von einer Präsidentin ausgelegt und überwacht werden, die in den siebziger Jahren als Aktivistin der „Liga gegen den Imperialismus“ den Staatsfeinden zugerechnet wurde, nimmt niemand mehr Anstoß.

Die einstigen Rebellen gehören längst in den Bonner Alltag. Sie haben ihr Lebensgefühl mitgebracht und die Verkehrsformen entsteift. „In keinem europäischen Parlament geht es so locker zu wie bei uns“, behauptet der Alt-68er Karsten Voigt.

Tatsächlich entkrampft sich auch die Wehrmachtsdebatte schnell, weil die nächsten Redner die Rituale der Schuldzuweisung durchbrechen und mit persönlichen Bemerkungen die kalte Unverbindlichkeit eines Pseudo-Historikerstreits vermeiden. „Dieser Krieg läßt uns alle nicht los“, bekennet der SPD-Abgeordnete Freimut Duve.

Die Grüne Christa Nickels sagt: „Ich glaube, das Beste, das uns passieren könnte, wäre, wenn wir ein Klima in Deutschland bekämen, in dem die Väter und Mütter und ihre Kinder – ich bin ein Nachkriegskind und mittlerweile 45 Jahre alt – endlich einmal in aller Ruhe miteinander darüber reden könnten, was mit ihnen passiert ist und warum das so gekommen ist.“

Natürlich muß dieses Gespräch nicht erst beginnen. Seit Jahrzehnten läuft es auf vielen Ebenen. Aber daß „solche Identitätsdebatten“ (Fischer) auch im Deutschen Bundestag möglich sind, das ist politisch das entscheidende Verdienst der 68er.

Viele sind es nicht, die sich aus den Straßenschlachten von vor 30 Jahren bis ins politische Establishment vorgekämpft haben. Es ist ja auch nicht das Ziel der außerparlamentarischen Opposition gewesen, selbst im Bonner Bundestag aufzutreten. Deshalb neigen die „alten Comandantes der Bewegung“ (Vollmer) dazu, die Duves und die Nickels, die Fischers und Vollmers als Mit- und Nachläufer zu begnügen.

Doch 68er sind die auch. Nicht nur deshalb, weil sie, was die Hauptsache ist, sich selbst dazurechnen. Sondern weil allen gemeinsam ist, daß die Geschehnisse und Erlebnisse der heißen Monate vor 30 Jahren sie existentiell verändert haben. Alle haben damals begriffen, „daß Politik not tut“, wie der Hanseat Knut Nevermann eine Schiffsfahrtsweisheit abwandelt. Und wie der studentische Rebell Nevermann, der heute die Hamburg-Vertretung

in Bonn leitet, haben sie alle einen Beruf aus ihrer Leidenschaft gemacht.

Zur Symbolfigur ist Joseph Fischer geworden, der schandmäulige Grüne, der – nach einer halben Bundestagsperiode – im Landtag von Wiesbaden seinen Amtseid als alternativer Minister in Turnschuhen, Jeans und Sakko vom Trödelmarkt ablegte. Nichts hat deutlicher den endgültigen kulturellen und politischen Durchbruch der 68er ins Establishment der Bonner Republik signalisiert als diese Szene.

Die Revolte von '68, das ist eben auch ein Medienereignis gewesen. Und wo diese Bewegung mehr bewegt hat als sich selbst, da geschah das vor allem durch die Macht der Bilder. Idealistische Generationen, die von sich reden machen, wirken immer auch durch ihre ästhetische Kraft.

Wenn also – wie Fischer heute glaubt – „68 zum Bestandteil des Gründungsmythos dieser Republik geworden ist“, dann hat sein persönliches Image – sein kalkulierter antiautoritärer Gestus, die Rotzigkeit seiner Rede, das provozierende Outfit,



Bundestagsvizepräsidentin Vollmer: „Jede Sache, die wir anpackten, konnten wir gewinnen“



Grüner Fischer (r.): Kalkulierter antiautoritärer Gestus

* Bei seiner Vereidigung zum hessischen Umwelt- und Energieminister durch Ministerpräsident Holger Börner am 12. Dezember 1985.



K. HOLZNER / ZEITENSPIEGEL

Grüner Schlauch (1994): Jede Art von staatlicher Autorität muß sich immer wieder neu begründen

kurz, seine Selbststilisierung zum wandelnden Regelverstoß – damit mehr zu tun als seine Heldentaten in der Frankfurter Hausbesetzer-Szene und seine unbestreitbaren politischen Gaben und Talente.

Tatsächlich ist der entlaufene Gymnasiast Fischer – „mit großen, glänzenden, gläubigen Augen“ – am 3. Juni 1967 eher zufällig in die Demo geraten, die vor dem Stuttgarter Schloß den Tod Benno Ohnesorgs betrauert. Er ist zu jung, um gleich ganz vorn dabeizusein, was ihm vieles erspart. Er ist aber andererseits von der Politik, in die er geraten ist, viel zu besessen, als daß er – wie die Mehrheit – hätte hängenbleiben können zwischen satter Arriviertheit und gescheiterten Träumen. So verkörpert „Joschka“ heute das Lebensgefühl einer ganzen Generation: „Wir, die Kinder der Henker von Auschwitz und die der Helden von Stalingrad.“

Wir – das reicht von Fritz Teufel über Ulrike Meinhof bis Edmund Stoiber (CSU) und Klaus-Rüdiger Landowsky (CDU). Mit den Jahren ist die Zahl derer, die sich als 68er fühlen, mächtig angewachsen. Auch



Student Schlauch (1968)

der bayerische Ministerpräsident will durch das Engagement der linken Studenten, von der Emphase des Aufbruchs angesteckt worden sein, wenn er sich auch heftig in die entgegengesetzte politische Richtung bewegt. Und der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Landowsky, rechter Aufwiegler bis heute, kann sich berauschen an „Landsorgeschichten“ aus der Studentenzeit, in denen sein Freund Eberhard Diepgen, heute Regieren-

der Bürgermeister, einst Asta-Vorsitzender, als ein Verlierer der herausziehenden Revolte dasteht – er wird abgewählt.

In die Bonner Idylle, dieses Treibhaus eines katholisch versüßten Wilhelminismus, dringt der Geist des Aufbruchs im Jahre 1968 mit pathetischen Gesten.

Mal kommt er – wie bei der großen Notstandsdemo – in Gestalt des damaligen Unteroffiziers und späteren SDS-Aktivisten Karl-Heinz Klär mit „Ho-Ho-Ho-Tschiminh“-Gebrüll im Sturmschritt über die Beueler Brücke. Heute ist Staatssekretär Klär Chef der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn und veranstaltet

Vortragsabende zum Thema: „Die 68er und der Verschleiß.“

Mal platzt er – gestaltet von Leutnant a. D. Hermann Scheer, Agitator des Sozialistischen Hochschulbundes – als großer Räuberhauptmannsauftritt in das Ritual einer biedereren Parteiveranstaltung. „Wie redet ihr eigentlich? In Heidelberg ist Revolution!“ donnerte der für die staatstragenden Bonner Würdenträger verwegen in Lederjacke gekleidete Student 1969 in die Godesberger Stadthalle, wo die Sozialdemokraten einen jugendpolitischen Kongreß abhalten. Nun sitzt der Baden-Württemberger schon seit 17 Jahren im Bundestag.

Klär (50) und Scheer (53) geraten schnell in den Bann – Klär später sogar in den Dienst – jenes Mannes, der die Aufbruchsstimmung im Lande zum politischen Machtwechsel zu nutzen versteht – Willy Brandt.

Dem von der Union als Vaterlandsverräter verteuflten Emigranten gelingt es, den Geist des Aufbruchs zur Regierungspolitik zu bündeln: „Mehr Demokratie wagen“. In Mainz legt im selben Jahr 1969 Helmut Kohl seinen Amtseid als Ministerpräsident ab. Zwar gilt auch er als aufsässiger junger Mann in der Union, zu den 68ern aber wird er sich nie rechnen.

Die neue SPD unter Brandt zieht viele Apo-Leute an. Nicht wenige, wie die spä-

teren Bundestagsabgeordneten Manfred Coppel und Ottmar Schreiner, Herta Däubler-Gmelin und Gert Weisskirchen, machen zugleich bei der Apo und in der SPD mit. Wer es indes als „Lebenserfolg“ ansah, Kanzler werden zu wollen, der hatte damit schlechte Karten, spottet Herta Däubler-Gmelin heute: „Ein Karriere-Beförderungsverein für Bonn war die Studentenbewegung nicht gerade.“

Es sind vor allem die Jusos, bei denen sich – wie es der 1969 zum Vorsitzenden gewählte Karsten Voigt ausdrückt – die „Zerfallsprodukte“ der Apo sammeln, gut 100 000 junge Genossen laufen der SPD in dieser Zeit zu. Die fühlen sich alle als 68er.

Ohne diesen „Push von außen“, so Voigt, grauhaarig inzwischen und unheimlich staatsmännisch im Habitus, wären „Typen“ wie er in der SPD nie etwas geworden. Seit 1976 ist er nun schon Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Doch die Zeit, da den Apo-Aktivistinnen in Bonn die Türen offenstehen, währt nicht lange. Schon Anfang der siebziger Jahre hat die politische Elite der Studentenbewegung begonnen, sich in sektiererischen „Search and Destroy“-Bewegungen zu zersplittern und haßerfüllt zu bekämpfen. Keiner, der an diesen Sekten-Kriegen zwischen maoistischen, revisionistischen, trotzkistischen und spontaneistischen Kadern beteiligt ist, hat für die SPD, auch die von Willy Brandt, mehr übrig als milde Verachtung. „Nie wäre mir eingefallen, bei den Jusos mitzumischen“, sagt Fischer. Und auch Antje Vollmer bekennt: „Willy hat mich damals nicht so sehr beeindruckt.“ Die SPD ist ihr einfach nicht neu genug. Sie habe „etwas Kreatives“ gebraucht, eine Art „kulturellen Urschrei“.

Es wird dann eher ein Hilferuf. Denn Antje Vollmers Irrlichtern zwischen alten und neuen Idealen, ihre lebensgefährliche Suche nach Neuanfang und Zugehörigkeit, drohte im Ghetto zu enden. „Ohne den Tod Ohnesorgs hätte '68 eine sehr viel leichtere Sache werden können“, sagt sie heute. „Aber da hat auf beiden Seiten etwas sehr Deutsches zugeschlagen, alles kriegte eine tödliche Zuspitzung.“



Asta-Vorsitzender Diepgen (r., 1963)



Bürgermeister Diepgen (1996): Verlierer der Revolte

Die evangelische Studentin Antje Vollmer aus Westfalen, Jahrgang 1943, hat in Berlin, Heidelberg, Tübingen und Paris Philosophie und Theologie studiert und ist gerade zum Examen nach Berlin zurückgekehrt, als sie im Radio von Ohnesorgs Tod hört. „Neugier und ein moralischer Impuls“ treiben sie auf die Straße.

In ein Messingamulett, das sie damals findet, fügt sie Miniporträts ihrer Idole ein: einen schwarzen Franz Kafka und einen roten Karl Marx. Die Erinnerung an den idealistischen Höhenflug dieser Zeit hängt bis heute in ihrem Wohnzimmer an der Wand. Und noch immer schwingt etwas mit von der ungeheuren emotionalen Intensität, wenn die Präsidentin erzählt: Dutschke auf der Kirchenkanzeln. Ein entrückt-hochmütiger Mahler, „ein Herr“, in der Aula der TU. Ein in seiner Erregung tapfer gegen Gewalt anstotzender Tilman Fichter. „Es war immer Sommer“, sagt Antje Vollmer. „Jede Sache, die wir anpackten, konnten

wir auch gewinnen, das wollten wir doch mal sehen. Das war wie im Rausch.“

Selbstexperimente. Intellektuelle Abenteuer. Nervenkitzel. Zwischen Schwärmerei und Katzenjammer verläuft ein schmaler Grat. Ihre akademischen Prüfungen absolviert die Theologin nebenher – '68 erstes Staatsexamen, '71 zweites Staatsexamen, '73 Dissertation. Während sie als Geistliche in Berlin arbeitet, gerät sie über einen Freund, der in den „Roten Zellen“ aktiv ist, an die „Liga gegen den Imperialismus“. Antje Vollmer müht sich. Aber sie und auch die Genossen haben das Gefühl, daß sie in die Marx-Lesezirkel nicht ganz reinkommt.

So gerät sie, wie Tausende in diesen Jahren, in einen existentiellen Lebensbruch, mit dem sie bis heute nicht ganz fertig ist. Krankenhausaufenthalte und Arbeitslosigkeit folgen. Sie wird in eine schlimme Isolation getrieben.

„Die 68er sind in den siebziger Jahren ausgegrenzt worden“, sagt Tilman Fich-

ter. Die Ausgegrenzten haben sich radikalisiert. Antje Vollmer: „Je härter der Außendruck, desto entschiedener setzen sich intern die härteren Flügel durch, also die RAF.“ Die „Baader-Meinhof-Bande“ wächst sich zur Staatsbedrohung aus.

Antje Vollmer versucht der Konfrontation auszuweichen, indem sie sich nach einem weiteren Examen als Diplom-Pädagogin nach Bethel zurückzieht. Ihr Mißtrauen gegenüber der etablierten Politik überdauert sogar ihren Einzug in den Bundestag. Als sie 1983 für die Grünen nach Bonn kommt, gehört sie der Partei noch nicht an. Den Eintritt holt sie erst zwei Jahre später nach. Ihre politische Fürsorge aber gilt heute allen, die sich am Rand der Gesellschaft radikalisieren – von der RAF bis zu den Sudetendeutschen Landsmannschaften.

Gewiß, der „Radikalenerlaß“, mit dem vom Staatsdienst ausgeschlossen werden soll, wer einer „extremen Organisation“ angehört, wird schon im Januar 1972 verabschiedet, zur hohen Zeit Willy Brandts also. Und doch greift das Klima der öffentlichen Einschüchterung, der Militarisierung des Staates gegen alle „Systemgegner“ erst richtig nach 1974, als der Friedensnobelpreisträger zurückgetreten ist.

Schon im Juli 1972 rät der damals noch amtierende Bundespräsident Gustav Heinemann dem „roten Rudi“ Dutschke da-

sen – aus der Partei hinausgeekelt, zu der beide inzwischen zurückgefunden haben.

Je länger die Regierung Schmidt im Amt bleibt, desto grimmer wird das aus Terroristenfurcht stacheldrahtbewehrte Bonn zur gesellschaftlichen Isolierstation. Im Sommer 1982, als der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Stadt besucht und 350 000 Demonstranten gegen ihn und die geplante Raketen-Aufrüstung der Nato demonstrieren, versammeln sich auf Einladung des Kanzlertreuen Egon Bahr und des Grafikers Klaus Staack drei Dutzend Schriftsteller, Künstler, Professoren, Theaterregisseure und andere Geistesschaffende – alle einmal von der Euphorie des Auf-

bruchs von '68 für mehr Demokratie und eine andere Republik beflügelt – zur Diskussion über die SPD, der manche angehören. Es wird eine Abrechnung. Ob Heinrich Böll oder Eugen Kogon, Claus Peymann oder Jürgen Flimm, Petra Kelly oder Otto Schily, Erhard Eppler oder Oskar Lafontaine – alle wünschen sich die regierenden Sozialdemokraten ins Lager der Friedensdemonstranten. Helmut Schmidt und die Seinen aber feiern mit Reagan.

Ist ihnen jedes Gespür abhanden gekommen? Zur Mittagspause versichert Egon Bahr dem selbstkritischen Berliner Ex-Bürgermeister Heinrich Albertz, der nach seiner katastrophalen Polizeiaktion

„Ihr werdet wohl erst Häuser besetzen müssen, ehe ein anderes Mietrecht kommt“

von ab, sich politisch bei den Sozialdemokraten zu betätigen. Bei einem privaten Treffen im Hause des Theologen Helmut Gollwitzer in Berlin nennt er die SPD „eine Partei von Unteroffizieren“ und ermuntert Dutschke, die außerparlamentarische Arbeit nicht aufzugeben – Heinemann: „Ihr werdet wohl erst Häuser besetzen müssen, ehe wir ein anderes Mietrecht bekommen.“

„Die wirklich konservative Wende begann mit dem Wechsel zu Helmut Schmidt“, davon ist Manfred Coppel, Bundestagsabgeordneter der SPD seit 1972, noch heute fest überzeugt. Zusammen mit seinem politischen Freund Karl-Heinz Hansen und ein paar anderen Sozialdemokraten – Erich Meinike, Dieter Lattmann, Klaus Thüsing, Olaf Schwencke –, aber nie mehr als vier, weil sonst die Regierungsmehrheit dahin gewesen wäre, versucht der linke Anwalt aus Offenbach, „den furchtbaren Kreislauf von Terror, Angst, Repression, Abbau von Freiheitsrechten und neuem Terror zu unterbrechen“, indem er gegen die Anti-Terror-Gesetze stimmt. Eigentlich sei das „biedere sozialdemokratische Politik“ gewesen, findet Coppel. Aber nicht im Deutschen Herbst. Am Ende wird er – wie auch Han-

gegen die Studenten 1967 zurückgetreten war: „Bis jetzt, Heinrich, habe ich noch nichts Neues gehört.“ Da zieht ihn Albrecht zu sich heran und flüsterte: „Egon, wenn du hier heute nichts Neues gehört hast, dann wirst du niemals mehr etwas Neues hören.“

Es ist aber schon zu spät. Knapp ein halbes Jahr darauf ist die Regierung Schmidt-Genscher am Ende.

Die Folge scheint paradox: Zusammen mit dem durch Wahl bestätigten CDU-Kanzler Helmut Kohl zieht am 29. März 1983 auch die bunte Truppe der „Grünen“ in den Deutschen Bundestag ein, mit Mandelzweigen und Forsythien. Der schmale

Keil in der Mitte des Plenums, zwei Sitze breit, 14 Reihen tief, den die 27 alternativen Abgeordneten besetzen, symbolisiert einen scharfen Riß in der Nachkriegsgeschichte.

Die neue Partei versteht sich zu Recht auch „als Instrument zur Resozialisierung der 68er für die bundesdeutsche Politik“ (Vollmer). Denn tatsächlich profitieren bald auch die Alt-68er der SPD von den Neulingen. „Seit ihr im Parlament seid, kann ich viel besser agieren“, vertraut Ex-Juso Ottmar Schreiner einem Grünen an: „Die hören mir jetzt endlich mal zu.“

Ganz so selbstverständlich aber, wie es an diesem Tag scheint, ist der Weg der Apo-

Linken von der Revolte gegen das System zur Mitarbeit im Parlament nicht gewesen. Der Grüne Jürgen Treulieb, Jahrgang '43, einer der engsten Freunde Rudi Dutschkes aus den großen SDS-Jahren in Berlin, ist zunächst sogar „richtig entsetzt“. Er sei mit Dutschke in einen Konflikt geraten, „als er so um '78 mit der Idee kam, wir müßten bei den Grünen mitmachen“. Treulieb wittert Blut und Boden.

Heute sagt Jürgen Treulieb, der noch immer Mitarbeiter der Fraktion in Bonn ist: „Der Rudi hatte den richtigen Riecher. Und wenn auch vieles dazugekommen ist und manches wie Kraut und Rüben durcheinanderght – ohne die Apo wären die Grünen nicht denkbar.“

Die „mittelbaren Effekte“ (Däubler-Gmelin) der Bewegung haben die deutsche Gesellschaft zu dieser Zeit schon nachhaltig verändert. So vollmundig Helmut Kohl auch prahlt, er werde mit einer „geistig-moralischen Wende“ die Entwicklung seit

„Nun fangen die Verhältnisse an zu tanzen, und die alten 68er halten den Tisch fest“

'68 wieder zurückdrehen – er schafft es nicht einmal in der eigenen Partei. Im Gegenteil: Eine Gruppe von Unionspolitikern outet sich in Bonn als „alternative 68er“. Der Frankfurter Sozialphilosoph Jürgen Habermas hat es auch keineswegs nur ironisch gemeint, als er die Karriere von Rita Süßmuth als den greifbarsten Erfolg der 68er bezeichnete.

„Draußen im Lande“, wie sie in Bonn sagen, wenn sie das richtige Leben meinen, regt sich die Politik in Form von „neuen sozialen Bewegungen“. Und keiner versteht es so gut wie der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, den Anti-Raketen-Protest gegen den Atomstaat generell zu mobilisieren. Mit seiner Mischung aus Kompetenz und Unverfrorenheit beutet der Saarländer die Energien und Emotionen beider Bewegungen aus – die der Studentenrevolte und die der Grünen.

„Der Oskar“ – frech und akademisch anmaßend, lebensprall und demagogisch – symbolisiert ein neues Selbstverständnis der 68er. Die verstehen sich inzwischen als eine Generation, die stolz ist auf ihre gemeinsame Erfolgsgeschichte. Alterszugehörigkeit und ein Lebensgefühl, das sich aus der Beteiligung an einem historischen Bruch speist, verdichten sich zu einem „Wir“-Gefühl, für das die tatsächliche Aktion zweitrangig wird.

20 Jahre nach dem Aufruhr sieht es so aus, als habe die Rebellengeneration in Oskar Lafontaine, der zudem als Lieblingsenkel des zurückgetretenen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt gilt, jenen Mann gefunden, der für sie den machtpolitischen Durchbruch in Bonn schafft. Er muß einfach nur noch Kanzler werden, eine For-

malie, wie die Meinungsbefrager versichern.

Doch dann fällt die Mauer. Alle modernen politischen Themen, die einen rot-grünen Wahlsieg wahrscheinlich zu machen schienen, geraten über Nacht in den Hintergrund. Für die nationale Thematik aber, für patriotische Gefühllichkeit gar, hat der Saarländer keinen Sinn. Ein Attentat lähmt ihn zusätzlich.

Daß jetzt zusammenwächst, was zusammengehört, mochte Willy denken, „der Alte“, Lafontaine nicht. Für ihn, wie für die meisten westdeutschen Altersgenossen bedeutet 1989 ein Bruch der Kontinuität, nicht ein Anknüpfen an Traditionen. Der „Kanzler der Deutschen Einheit“ heißt Helmut Kohl.

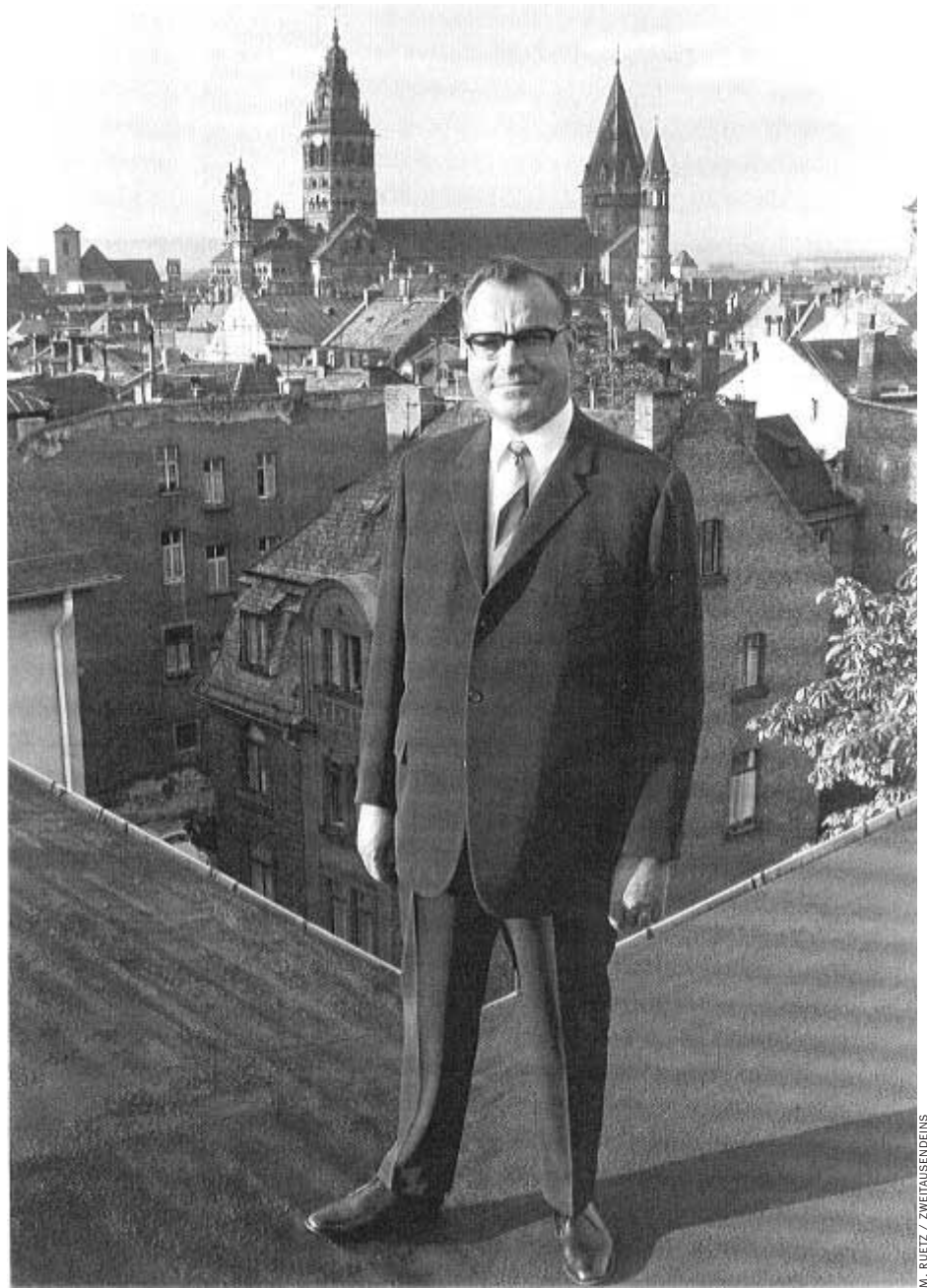
Ist das nun das Ende der 68er? Es ist wohl das Ende eines Machtwechsels als Generationenprojekt. Daß die Umstürzler von einst auf diese Situation nicht vorbereitet sind, bemerken sie selbst mit zunehmender Hilflosigkeit. Viele wenden sich ab. Resignation und Zynismus greifen um sich. Die zwei noch in Bonn aktiven alten SDSler – Tilman Fichter und Karl-Heinz Klär – trifft es wie ein Schock. „Nun fangen die Verhältnisse an zu tanzen“, sagt Klär bitter, „und die alten 68er halten den Tisch fest.“

Daß Lafontaine 1990 mit dem schlechtesten SPD-Ergebnis seit Godesberg verliert, betrachtet Tilman Fichter als direkte Folge „dieser großen Verweigerung“.

Seither versucht vor allem Joschka Fischer, die politischen Chiffren 1968 und 1989 zusammenzubringen, sie zur radikal-demokratischen Grundlage einer „Berliner Republik“ zu machen. '68 stehe für „die Demokratisierung von unten“, die „innere Verwestlichung“, mit der die westdeutsche Nachkriegskultur ihren untergründigen Nazismus endgültig beerdigt hat, sagt Fischer. 1989 beschreibe die „einzige erfolgreiche demokratische Revolution auf deutschem Boden, die nicht von außen dem Land aufgezwungen wurde“. Sollte sich, fragt der Grüne, mit solchem Erbe kein vernünftiger Staat machen lassen?

Noch findet er wenig Anklang. Deutschland ist einfach nicht das Thema seiner Altersgenossen. Heinz Bude, dem Chronisten der Generation, gilt '68 sogar als der Punkt, „von dem ab sich die beiden Teile Deutschlands erst richtig auseinanderentwickelt haben“. Bis in den Prager Frühling hinein hieß das Ziel bei den 68ern im Westen wie bei denen im Osten – den Biermännern und Bohleys und vielen idealistischen SED-Genossen – Emanzipation. Das brutale Ende, der sowjetische Einmarsch in die CSSR, war ein gemeinsamer Schock.

Seither mehrten sich Zweifel und Unverständnis. Den Wessis fehlt im Osten die Kulturrevolution, den Ossis erscheint die „autoritäre Staatsgewalt“ der Bundesrepublik, der getrotzt zu haben die 68er so



Rheinland-pfälzischer Ministerpräsident Kohl (1970)*: Anknüpfen an Traditionen

ungemein stolz macht, vergleichsweise lachhaft. Noch immer, so schreibt die Ost-Berliner Psychoanalytikerin Annette Simon, Jahrgang 1952, jetzt in der ZEIT, seien viele „bitter enttäuscht“ voneinander. „'68 und '89 sind gemeinsame wichtige Daten, oft biographische Einschnitte, die aber auch das Trennende sehr stark markieren“.

Gemeinsam ist den Angehörigen dieser Generation in Ost und West indes eine „merkwürdige Aggression gegenüber den Nachgeborenen“, fällt Annette Simon auf. Korrespondiert die nicht trefflich mit der Wut auf die Vorfahren? Die 68er sind ein Halbfertigprodukt geblieben.

'68 war auch eine Rebellion der Töchter und Söhne gegen die Väter – gegen die Nazi-Väter im Westen, gegen die Stalinisten im Osten. Aus dieser emotionalen und geisti-

gen Revoluzzer-Haltung gegenüber Autoritäten und ihren Institutionen sind die meisten Männer nie hinausgewachsen. Längst grau oder kahl und melancholisch geworden, pflegen sie weiter ihren rebellischen Gestus, empfinden sich notorisch als jung.

Das kann sympatisch wirken, wenn einer so vergleichsweise unambitioniert auftritt wie der Grüne Abgeordnete Rezzo Schlauch, Jahrgang '47, der unlängst fast Oberbürgermeister von Stuttgart geworden wäre. Dem ist die „Spaßguerrilla“ von Anfang an das Wichtigste an '68 gewesen.

Die Art, wie Fritz Teufel die Justiz und die Obrigkeit ad absurdum geführt hat, indem er fünf Jahre in Untersuchungshaft

* Das Bild von Michael Ruetz ist dem Buch „1968“ entnommen, das im November 1997 bei 2001 erscheint.

blieb, um dann ein Alibi zu präsentieren, womit er sich die Strafe selbst setzte – das hält Rezzo Schlauch für „einen Geniestreich, der fortbesteht“. Solche Aktionen machen für den grünen Anwalt heute das eigentliche politische Erbe der 68er aus: Jede Art von staatlicher Autorität muß sich immer wieder neu begründen.

Als „Nachgereister“ der Bewegung ist Schlauch erst 1994 im Deutschen Bundestag eingetroffen, wo er einerseits „die Unbeugsamkeit“ seines Freundes Fischer bewundert, nicht minder aber „die Jungschischen heute“, die „gnadenlos pragmatisch“ sind.

Er selbst ist 1968 versehentlich in den Aufruhr geraten, als er mit seiner schlagenden Verbindung, dem Freiburger Bund „Sachsen-Silesia“ nach Paris reiste, „wegen Paris, nicht wegen der Revolte“. Heute erscheint ihm die „Pizza-Connection“, eine informelle Gesprächsrunde von jungen Grünen und jungen CDU-Bundestagsabgeordneten, die sich – von den Fundis beider Fraktionen und von den Sozis mißtrauisch beäugt – gelegentlich im Weinkeller eines italienischen Restaurants in Bonn trifft, eine angemessen zeitgemäße Ausdrucksform des 68er-Geistes.

Daß sich Schlauch am liebsten selbst noch den „Jungschen“ zurechnet, belustigt die, ärgert sie aber nicht. Denn seine „Alter-Junge“-Attitüde wirkt ungleich weniger verkrampft als die Lummel-Masche, mit der sich die Führungsfiguren der SPD gern präsentieren, die – heute um die 50 Jahre alt – noch immer „Enkel“ heißen. Hätten die nicht, in der Lebensmitte angekommen, eigentlich die Aufgabe, ihre Erfahrung, Kraft und Hoffnung weiterzugeben, um das Erreichte zu tradieren?

Aber haben sie denn was erreicht? Niemand scheint es mehr zu bezweifeln als sie selbst. 30 Jahre danach bieten die verreisenden Jünglinge dieser Generation ein seltsam verwackeltes und unscharfes Bild. Sie wirken so alt wie ihre Väter und geben sich so jung wie ihre Söhne.

Gemeinsam ist allen ein zögernder Zugriff auf die Macht, ein ebenso nervendes wie im Grunde sympathisch halbherziges Verhältnis zur Amtsautorität, selbst zur eigenen. „Keiner hat wirklich seinen Frieden gemacht mit dem deutschen Staat nach Hitler“, glaubt Tilman Fichter.

Oder doch? Als kürzlich der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Albrecht Müller, der 1972 die triumphale „Willy“-Wahl organisierte, behauptet: „Siege kann man machen“, hat er einen besonders aufmerksamen Zuhörer – Gerhard Schröder.

Doch scharrt der Niedersachsen zunehmend Mikrofon-jibberich auf der Stelle, als Müller – Jahrgang ’38, weißhaarig und unerschütterbar in seinen Gewißheiten – in Bonn seine Rezepte als Buch vorstellt. Schröder will selbst reden, vor allem aber selbst siegen.

Sichtlich unfroh hört der Kanzler-Aspirant aus Hannover einmal mehr das Hohelied „des Alten“ und Müllers Erfolgsrezepte: „Meinungsführerschaft statt Anpassung“, „Langfristige Strategie und Philosophie“. „Die SPD – auch eine Wertgemeinschaft“, kurz: Vorwärts mit der Partei, nicht gegen sie.

Jajaja. Als er endlich zu Wort kommt, sagt Schröder: „Da ist ja’n bißchen was vorangegangen, damals.“ Und nicht

ist er gegen „die da oben“ aufgestanden. Bis heute liebt er unkonventionelle Auftritte, genießt individuelle Freiräume und hat den Instinkt des Underdog für die Schwächen der Mächtigen und die Macht der Schwachen.

Alles wahr. Dennoch zieht es Gerhard Schröder vor, sich derzeit lieber als „ein sehr gemäßigtes Produkt“ der 68er-Bewegung zu betrachten. Schließlich ist er schon 1963 in die SPD eingetreten, bevor er – als

er Jura auf dem zweiten Bildungsweg studierte – zu den Jusos stieß. Und das war, hat er früher einmal gesagt, „eher ein spontaner Entschluß“, noch kein Akt von sozialem Bewußtsein.

Und hat er sich nicht, als die Genossen aus dem kollektiven linken Juso-Vorstand in Göttingen in endlosen Debatten den Marxismus-Leninismus erschlossen, auf die Lektüre von Klappentexten beschränkt? Schröder konzentriert sich mehr aufs Banale, auf Presse, Kasse und eigenes Vorankommen, während den leidenschaftlichen 68ern die Erlösung der Menschheit am Herzen liegt.

„Für mich war das Studium 1966 ja ein ungeheures Privileg“, sagt Schröder heute, „um Politik habe ich mich da nicht groß gekümmert.“ Keine Teach-ins, keine Kundgebungen. Gewiß, die Jusos entwickeln sich in dieser Zeit von einer bloßen Jugendorganisation zur politischen Truppe. Und die hat er dann angeführt.

Aber „die eigentliche Radikalisierung“ hat Gerhard Schröder, wenn er es heute recht betrachtet, doch nur am Rande mitgekriegt.

Andererseits, soll er deshalb bestreiten, dazugehört zu haben? Schließlich war „der Modernisierungsschub“ von damals ja wirklich wichtig, wenn auch die Entwicklung nach seiner heutigen Überzeugung ohne ’68 ähnlich verlaufen wäre.

„Unkonventionelle Denk- und Verhaltensweisen“, eine Entwicklung „hin zu mehr Individualität“, solche Merkmale will Gerhard Schröder denn wohl doch gelten lassen als Früchte von damals. Die teilt er ja auch mit Generationsgenossen wie Bill Clinton und Tony Blair.

Aber 68er? „Ich bin es nicht.“

Im nächsten Heft

SPIEGEL-Gespräch mit den Ex-Guerrilleros der „Bewegung 2. Juni“ Till Meyer, Bommi Baumann und Anne Reiche



Anwalt Schröder (1977): „Gemäßigtes Produkt“ der 68er

wenige glauben, er werde jetzt von ’68 sprechen.

Aber Gerhard Schröder meint den Slogan: „Wir bauen das moderne Deutschland“. ’68 hat er dabei natürlich mit im Sinn gehabt, erläutert er später. Geredet hat er aber über Karl Schiller und dessen wunderbares Verhältnis zur Wirtschaft.

Von vielen Genossen der Apo wird Schröder, Jahrgang ’44, durchaus als 68er geführt. In Göttingen ist er 1966 zu den Jusos gestoßen, als Anwalt hat er Prozesse gegen Berufsverbote geführt, hat Atomkraftgegner verteidigt und für den SPD-Rebellen Hansen gegen den Parteiausschluß gekämpft.

Mit den meisten linken Inhalten der Bewegung stimmte er einmal überein. Frech